

Zur Kritik der bevorstehenden Studienreform

Vorbemerkung

Politiker und die von der Journaille produzierte veröffentlichte Meinung beherrschen gegenwärtig die Diskussion über die Universitäten mit Sätzen wie: Die Universität sei blockiert! Eine Reform müsse die Blockade lösen! Besonders apart in der tautologischen Wendung: Reform müsse sein, weil es einen Reformstau gebe! So werden Stimmungen erzeugt. Wissenschaft hingegen hat die Aufgabe zu entschlüsseln, was hinter solcher Stimmungserzeugung steckt: Warum wird die gegenwärtige Universität und -ausbildung als eine zu verändernde interpretiert? Was genau wird blockiert? Oder: Warum wird etwas als Blockade verstanden? Welches Interesse formuliert, daß eine Blockade vorliege? In welche Richtung soll die so definierte Blockade 'aufgelöst' werden? Welche Interessen bestimmen das Woraufhin der Reform? Ich will nicht verschweigen, daß mich der Zusammenhang, auf der einen Seite eine objektive Tendenz der Umstrukturierung der Universitäten und auf der anderen Seite diejenigen Subjekte, die an verantwortlicher Stelle - als 'Macher' (die Präsidenten und Referenten, die Ministerial- und Selbstverwaltungsbeamten) - diesen Prozeß betreiben und bei denen gar kein klarer Begriff dieses Prozesses vorliegt, daß mich dieser Zusammenhang irritiert. Dies ist eine Demonstration dessen, was "stumme Zwänge der Verhältnisse" genannt wurde, nämlich wie jener Prozeß sich hinter dem Rücken derjenigen, die sich als Agierende wähnen, durchsetzt und wie es in den Köpfen derjenigen aussieht, wenn sie affirmativ auf diesen Prozeß sich beziehen. Sie wissen nicht, was sie tun - das indiziert auf der einen Seite die Macht und Gefährlichkeit des objektiven Prozesses (des stummen, d.i. ohne Bewußtsein voranschreitenden Zwangs der Verhältnisse). Auf der anderen Seite sollen diese Durchsetzer nicht exkulpiert werden, denn sie könnten wissen.

"Der Staat spart"

Der ins Auge springende Grund, der von Seiten der Verantwortlichen für die Umstrukturierung der Universitäten genannt wird, ist das Sparen. "Der Staat spart", so heißt es;

und: "Der Staat müsse sparen!" Selbstverständlich ist diese Aussage nicht - der Haushalt eines Staates ist nicht mit demjenigen einer Privatperson vergleichbar, Staaten haben bisher Schulden in einem Ausmaß gemacht, welches für Privatpersonen nicht möglich ist. Überdies trifft jene Aussage uneingeschränkt und generalisiert für alle Bereiche gar nicht zu. In gewissen Bereichen nämlich spart der Staat überhaupt nicht - man betrachte, was ein Eurofighter kostet, was die Auslandseinsätze der Bundeswehr kosten. Hier stehen die Zwecke unverrückbar fest (nämlich die neuen politischen Aufgaben für die Militärmacht Deutschland), dafür gibt es dann auch das erforderliche Geld. Bei der Bildung hingegen, allgemein bei Kunst, Wissenschaft, Kultur, bei Universitäten und Theatern stehen die Zwecke nicht unverrückbar fest, hier wird einiges als 'Luxus' zur Disposition gestellt und infolgedessen wird dort massiv gespart. Politiker reden dies damit schön, daß sie den Zustand der Bildung hierzulande in Relation zu einem geschickt gewählten Vergleichsmaßstab setzen - verglichen mit der Universität von Kabul oder Prisztina geht es in Halle oder Oldenburg immer noch. Analog: Man vergleicht einen Arbeitslosen hier mit einem Armen in Afrika und sagt, so gesehen sei er ein reicher Mann. Mit seiner Arbeitslosenhilfe - den ihm ausgezahlten Euros - könne er in Afrika sich einen Palast leisten - nur: Der Arbeitslose lebt nicht in Afrika, will dort nicht leben und bekäme seine Arbeitslosenhilfe nicht dorthin überwiesen. Armut ist nicht schlicht absolut durch die Zahl der Euros angebbbar (und dann würde man vergleichen, was man mit diesen Euros hier oder da bekommen kann), sondern Armut ist nur relativ auf den insgesamt produzierten Reichtum in einer Gesellschaft bestimmbar. *Dieser* Vergleich bestimmt, wer arm ist und wer nicht. In der Bundesrepublik nimmt dabei - bei stets wachsendem gesellschaftlichen Reichtum - die Armut zu, und zwar sowohl die Zahl der Armen als auch das Ausmaß der Armut - die Schere zum insgesamt produzierten Reichtum geht für immer mehr Menschen auf. Die Politiker kommentieren dieses Faktum mit dem Hinweis: Die Deutschen seien verwöhnt, sie sollten auf die Menschen in Afrika, Asien oder auch Osteuropa schauen und dann sich ob des Jammerns auf hohem Niveau schämen. Gegen solcherart moralisierende Vorwürfe hilft allein die nüchterne Erklärung dessen, was diese Vorwürfe verdecken sollen: In der kapitalistischen Produktionsweise wird wachsender gesellschaftlicher Reichtum nur produziert, wenn dabei die Produzenten des Reichtums relativ verarmt werden. Seit 1990 stagnieren oder fallen die Einkommen der arbeitenden Bevölkerung. Dies gilt, rechnet man die Inflationsrate heraus, bis auf ein einziges Jahr, das sog. Lafontaine-Jahr. Nimmt man als Maß für das Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums die Inflationsrate plus den Produktivitätsfortschritt, so liegen die Arbeitseinkommen grundsätzlich immer darunter, dies meint: Verarmung relativ zu wachsendem gesellschaftlichen Reichtum. Dasselbe gilt für die Renten. Überdies steigt der Anteil der von den Kranken aufzubringenden Kosten für Krankheit - gerade bei wachsendem gesellschaftlichen Reichtum. Politiker wehren das In-Beziehung-Setzen von relativer Verarmung bezogen auf den wachsenden gesellschaftlichen Reichtum damit ab, daß sie die verfügbaren Einkommen in absoluten Zahlen nehmen und diese

dann mit einem dazu äußerlichen Maßstab messen: Verglichen mit den Elenden in Afrika oder Osteuropa ginge es alten und kranken Menschen hierzulande immer noch besser. Der Zweck dieses Politiker-Vergleichs ist die Beschwichtigung: So schlimm sei das nicht, was die Politik durchsetze. Doch die gesellschaftliche Wirklichkeit wird nicht durch diesen äußerlichen Vergleich, sondern durch jenes In-Beziehung-Setzen zum wachsenden gesellschaftlichen Reichtum bestimmt: An alten und kranken Menschen wird gespart, *um* insgesamt Wirtschaftswachstum zu erzeugen, d.h. die Produktion wachsenden gesellschaftlichen Reichtums funktioniert nur auf Kosten der relativen Verarmung von Alten und Kranken. Wenn man - für einen kurzen Moment - von der vermeintlichen Notwendigkeit des kapitalistischen Produzierens von Reichtum absieht, dann ist es schon absonderlich, daß die Ausgaben für Alter und Krankheit aus dem Lohn (und aus einem relativ fallenden Lohn) bezahlt werden sollen, wo man doch weiß, daß bei wachsendem technischen Fortschritt immer mehr lebendige Arbeit überflüssig wird, der Lohntopf insgesamt also kleiner wird. Nur wenige stellen sich die Frage: Warum bekommen Alte und Kranke nicht einen Anteil aus dem insgesamt produzierten Reichtum, warum bloß die schmale Basis der relativ fallenden Lohnkosten? Daimler, Siemens und BASF wachsen und wachsen, die jetzt Alten und Kranken waren dabei, als dieser Reichtum, der auf sein beständiges Wachstum abzielt, produziert wurde. Was das 'Sparen' und den Zweck des 'Sparens' anbetrifft, so gilt für Bildung und insbesondere die Universitäten Analoges wie bei den Alten und Kranken - was in dieser kapitalistischen Gesellschaft nicht verwundert. Die Ausgaben für Bildung und für die Universitäten werden relativ gekürzt, *um* Wachstum der Wirtschaft zu erzeugen. Also eine relative Verarmung an Bildung, eine Verarmung gemessen an dem insgesamt produzierten Reichtum. Das ist weder der Bösartigkeit einzelner Politiker oder gar deren persönlicher Unbildung noch einem Über- oder Versehen geschuldet, es ist systematisch so. Diesen Systemzwang zum 'Sparen' an der Bildung reden Politiker mit Vergleichen schön, bei denen sie ihre Absicht, den Systemzwang zu kaschieren, durchsetzen können: Sie vergleichen die Universität Oldenburg mit einer Universität in Kabul oder Prisztina. Und noch ein weiterer 'Vergleich' gehört zur Rhetorik mancher Politiker: Diese versuchen uns Universitätsleuten, wenn wir gegen die Mittelkürzungen sprechen, ein schlechtes Gewissen zu machen mit dem Hinweis: Wie können Sie nur Geld für das Studieren fordern, wenn es den Arbeitslosen viel schlechter geht? - dort betreffen die 'Sparmaßnahmen' das Essen, und das sei doch viel elementarer als das Studieren. Das ist der Zynismus der 'Macher': Die Schädiger appellieren an die Geschädigten, sie sollten aus moralischen Gründen schweigen, denn sie sollten ihre Lage mit derjenigen von noch schlimmer Geschädigten vergleichen. Doch die Universität könnte einem solchen Vergleich gar nicht folgen und einen Teil ihres Geldes direkt an Arbeitslose verteilen. Es ist derselbe Prozeß der Verarmung - bei gleichzeitiger Produktion wachsenden gesellschaftlichen Reichtums -, der die Studenten und die Arbeitslosen trifft. Wenn wir an den Universität uns dagegen wehren, daß die Bedingungen fürs Studieren verarmt werden, wehren wir uns, wenn es

uns nicht um die Verteidigung eines Privilegs in dieser Gesellschaft geht, auch dagegen, daß Sozialhilfeempfänger verarmt werden.

Die bevorstehende Studienreform - wogegen und wofür? - ein historischer Rückblick

Eine eingreifende Studienreform steht bevor. Wogegen richtet sie sich? Was bezweckt sie? 'Humboldt ist tot', so tönen alle maßgeblichen Bildungspolitiker. Dies hat etwas von Totreden. Die Politiker wollen, daß dasjenige, was im Für-tot-Erklärten steckt, auch wirklich tot sei - Humboldt geht es damit nicht anders als Marx, auch bezogen auf ihn ist die beschwörende Wiederholung des Satzes 'Marx ist tot' beobachtbar, welche Wiederholung gegen die gegenteilige Befürchtung anzukämpfen scheint. Welche Idee steckt in Humboldt, die so gefährlich ist, daß die eingreifende Studienreform sie als Gegner ins Visier nimmt? Es ist die Idee der Gelehrtenrepublik der Freien und Gleichen, die nichts anderem als allein der Wahrheit und dem Herausfinden derselben verpflichtet sind; es ist der Anspruch der Vernunft, über das Fortschreiten der Menschheit, ein Fortschreiten im Bewußtsein der Freiheit, zu wachen; es ist die Idee der Freiheit von Forschung und Lehre - Forschung und Lehre sollen frei sein gegen die Indienstnahme durch die Praxis des kapitalistischen Wirtschaftens; es ist die Einheit von Forschung und Lehre - auch und gerade die Lernenden sind frei, sie sind mündige Subjekte, die nicht in eine von der Forschung abgeschottete Zwangsanstalt für Halbbildung verbannt werden; und es ist die Selbstgesetzgebung/Autonomie dieser Gelehrtenrepublik, die, wenn sie sich ihre Gesetze gibt, nur der Wahrheit verpflichtet ist und jegliche heteronome Eingriffe ablehnt. In der Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts hatte diese Gelehrtenrepublik jedoch einen entscheidenden Haken, entscheidend für den Ruin in der Idee und den Erfolg in der Wirklichkeit: Es war eine elitäre Veranstaltung; die Allermeisten waren, wurden und blieben ausgeschlossen. Zum Ruin in der Idee lese man die Erklärung der Professoren der - von Humboldt konzipierten - Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität zum 1. Weltkrieg (übrigens: diese Berliner Universität, erst 1946 in Humboldt-Universität umbenannt, war damals die Elite-Universität). Für die kapitalistische Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts war die Humboldtsche Universität ein Erfolgsmodell. Die Freiheit für Forschung und Lehre setzte eine enorme Produktivkraft der wissenschaftlichen Arbeit frei. Deren reelle Subsumtion hätte damals, was die Qualität von Forschung und Lehre anbetrifft, nur geschadet. Die Resultate der Humboldtschen Universität - sowohl die Forschungsergebnisse als auch die exzellent ausgebildeten Absolventen - waren für Kapital und Staat funktional. Nebenbei: An amerikanischen Elite-Universitäten schwärmt

man geradezu von Humboldt - und es ist ein Indiz für die Konfusion in einem Macher-Kopf, wenn die Bundesbildungsministerin Bulmahn immer wieder das angelsächsische Modell als Vorbild lobt und zugleich Humboldt für tot erklärt. In den graduate courses amerikanischer Elite-Universitäten kann gerade deswegen nach Humboldt studiert werden, weil der elitäre Charakter durch das Geld hergestellt wird - ein Studienjahr kostet dort nicht unter 25 000 Dollar Studiengebühren.

Die bevorstehende Universitätsreform richtet sich nicht nur gegen die Humboldtsche *Idee* der Gelehrtenrepublik, sondern auch gegen die *Wirklichkeit* der letzten Universitätsreform aus der Nach-68er-Periode. Kurz vor 68 hatte Georg Picht Politiker und Öffentlichkeit mit seinem Buch *Die deutsche Bildungskatastrophe* aufgeschreckt: Er konstatierte eine Lücke in der akademischen Bildung der Deutschen. Im Vergleich der Zahlen - wieviel Prozent eines Jahrgangs studieren? - war die BRD nämlich signifikant hinter konkurrierenden Staaten zurückgeblieben. Darin wurde eine Gefahr für die kapitalistische Wirtschaft und deren Wachstum gesehen. Die im Anschluß an Picht propagierte Öffnung der Universitäten war so nicht durch den Zweck bestimmt, die elitären höheren Bildungsanstalten für alle zu öffnen und Bildung egalitär zu gestalten, sondern durch die Furcht vor einem Konkurrenznachteil motiviert: Öffnung der Universitäten, um für nationale Aufgaben, um für den Standort Deutschland "Begabungsreserven bei Arbeiterkindern" zu erschließen (verräterisch, wenn man genau hinhört, der Ausdruck 'Begabungsreserve'). Bei den revoltierenden Studenten löste sich die Argumentation für die Öffnung der Universitäten von jener kruden Zweckbestimmung - nachzulesen in der SDS-Hochschuldenkschrift *Hochschule in der Demokratie*. Dort ging es prinzipiell gegen den elitären Charakter der Universitäten überhaupt, gegen den Ausschluß der Massen von universitärer Bildung, insbesondere gegen den numerus clausus, und für gleichberechtigte Teilnahme aller an Bildung und Wissenschaft. Bezogen auf jenen die Öffnung der Universitäten vorantreibenden Zweck, nämlich die Erschließung weiterer "Begabungsreserven" für das Kapitalwachstum, war die studentische Argumentation idealisierend und überhöhend, wobei 'idealisierend' nicht pejorativ im Sinne von ideologisch gemeint ist. Die idealistischen Studenten griffen ein Moment der Humboldtschen Universität auf und wandten es gegen die Wirklichkeit der Universitäten, die sich auf Humboldt lediglich beriefen. Das Bündnis von technokratischen Hochschulreformern in der Kultusbürokratie und idealistischen Studenten hatte deswegen von Anbeginn etwas Widersprüchliches. Es ging zwar gegen einen gemeinsamen Gegner, nämlich die alte Ordinarienherrschaft (genauer: gegen dasjenige, was man so bezeichnete), aber die Zwecke der Bündnispartner waren verschieden. Die innere Widersprüchlichkeit jenes Bündnisses und der von ihm angestoßenen Universitätsreform wurde in der seit 1970 über die Universitäten hereinbrechenden Regulierungswut manifest und vor allem spürbar: Prüfungsordnungen, Studienordnungen, Institutsordnungen, eine Verrechtlichung der Verhältnisse in dieser angeblich freien Gelehrtenrepublik, in der nichts als die Wahrheit zählen sollte. An die Stelle des alleinherrschenden Ordinarius trat die Herrschaft einer vielköpfigen, sich aufspreizenden, in alle

Teilbereiche eindringenden Universitätsverwaltung. Die Willkür eines einzelnen Ordinarius wurde durch die Willkür einer formalisierten, den betroffenen Wissenschaftlern letztlich undurchsichtigen und sie ohnmächtig machenden Verwaltungsstruktur ersetzt, die noch dazu, verglichen mit dem Stand von 1970, seitdem mindestens zur zehnfachen Größe aufgebläht wurde.

Fazit des historischen Rückblicks: Humboldts Gelehrtenrepublik war ein Ideal; die Wirklichkeit der auf Humboldt sich berufenden Universität war eine die Massen ausschließende, elitäre Einrichtung. Nach 68 wurde diese Universität aus anderen Gründen ein Stück weit 'geöffnet'. Doch der Zustand dieser Universität - bei gleichbleibender Ausstattung mit Professorenstellen müssen über doppelt so viele Studenten unter Beibehaltung der überkommenen Studienstruktur ausgebildet werden - wurde prekär. Seitens des Staates gibt es jetzt - unter der Parole "Der Staat spart" - also Verarmung von alten Leuten, Verarmung an Bildung, um Wirtschaftswachstum zu erzeugen - den Druck, massiv die Resultate der letzten Hochschulreform umzugestalten, eine Umgestaltung, die sich allgemein durch die folgenden drei Punkte charakterisieren läßt:

1) Es wird, was die Hochschulreform der 70er Jahre nicht tat, tiefgreifend in die Studienstruktur eingegriffen.

2) Das von den idealistischen 68er Studenten propagierte egalitäre Moment, das ja nur sehr partiell in die letzte Hochschulreform einging, nämlich die elitären Universitäten zu öffnen und universitäre Bildung allen zugänglich zu machen, dieses Moment wird radikal kassiert.

3) Das im Humboldtschen Ideal enthaltene freiheitliche Moment (Gelehrtenrepublik der Freien und Gleichen, Freiheit der Forschung und Lehre, Wissenschaft als Wächter über den Fortschritt der Menschheit, Selbstgesetzgebung innerhalb der Gelehrtenrepublik) soll für die überwiegende Mehrheit zukünftiger Studenten nicht mehr gelten.

Die verordnete Halbbildung

Die geplanten bachelor-Studiengänge bedeuten die Preisgabe des wissenschaftlichen Anspruchs an ein Studium. Das Studium wird verschult, 'studiert' wird im Klassenverband; im Vergleich zum jetzigen Zustand wird die Zahl der Prüfungen versechsfacht und dadurch die Konkurrenz unter den Studenten um die verknappten Studienplätze im anschließenden master-Studiengang verschärft; durch das Hineinziehen der Prüfungen ins Studium wird sich das Verhältnis von Hochschullehrern und Studenten gravierend verändern, 40 Prozent der bisherigen Lehre werden wegfallen und mittelbar oder unmittelbar durch Prüfungen resp. Prüfungsvorbereitungen ersetzt werden. Mit der Entwissenschaftlichung des Studiums geht die

Entmündigung der Studierenden einher. Den Studierenden wird die Lernfreiheit entzogen. Sie werden ein vorgegebenes Studienschema vorfinden, reglementiert und zementiert durch Zeit- und Prüfungsdruck. Wie in der Schule müssen die Studierenden ihre Anpassungsfähigkeit unter Beweis stellen, bereitwillig genau den Lernstoff zu fressen, der ihnen in den Modulen vorgesetzt worden ist, und zugleich auch die Art, wie er ihnen vorgesetzt worden ist. Die von Humboldt intendierte Einheit von Forschung und Lehre wird es im bachelor-Studiengang nicht geben, damit eben auch keine Freiheit für die Studierenden. Vielmehr werden sie in eine von der Forschung abgeschottete Zwangsanstalt für Halbbildung verbannt. Von der Gelehrtenrepublik der Freien und Gleichen, von der Teilnahme an der Selbstgesetzgebung dieser Republik, von der Wissenschaft als der Wächterin über den Fortschritt der Menschheit sind die Unmündig-Gemachten durch eine Mauer getrennt. Diese Mauer besteht aus der Durchplanung der Zeit der Studierenden (workload!), aus der Erhöhung der Intensität des Studierens (kontrollierbar mehr Wissensbausteine pro Zeiteinheit) und aus insgesamt verknappter Zeit und erhöhtem Prüfungsdruck - in Analogie zur reellen Subsumtion der Arbeit unters Kapital kann von einer reellen Subsumtion der Tätigkeit des Studiums gesprochen werden. Von daher erklärt sich die Entmündigung des studierenden Subjekts.

Was der Reform-Jargon euphemistisch mit "Stufung der Studiengänge" bezeichnet, findet für die überwiegende Mehrheit der Studierenden gar nicht statt. Für 80 % der Studierenden soll nach 3 Jahren bachelor der Aufenthalt an einer Universität vorbei sein - womit der Hauptzweck, den der Staat mit der erzwungenen Einführung der bachelor-Studiengänge verfolgt, erfüllt ist, nämlich die Mehrheit der Studierenden von einem wissenschaftlichen Studium auszuschließen. Wenige, die innerhalb jener Zwangsanstalt für Halbbildung in der Konkurrenz untereinander sich hervortun, das sind diejenigen, die über das nötige Maß an Skrupellosigkeit in der Konkurrenz gegen die Mitstudierenden verfügen, werden die knappen master-Studienplätze ergattern können. Diese Wenigen werden für den master - d.i. für einen Aufbaustudiengang - in aller Regel Studiengebühren bezahlen müssen. Zudem ist geplant, daß die Professoren "ihre" Studenten für die master-Studiengänge sich aussuchen können - darin liegt ein Zurück zur elitären Humboldt-orientierten Veranstaltung. Und so wird der Opportunismus derjenigen belohnt (und damit gefördert), die im bachelor-Studiengang schon mal einen "guten Draht" zu "ihrem" Professor herstellen konnten. Für die bachelor-Studiengänge ist ein numerus clausus im Gespräch: In Oldenburg soll die Einführung dieser Studiengänge im WS 04/05 mit einer Reduktion der Studierenden-Zahlen verknüpft werden. Mit "Stufung der Studiengänge" wird Treppe assoziiert, damit ein ungehindertes Hinaufsteigen auf den Stufen einer Treppe ("Durchlässigkeit", "Flexibilität") und auch annähernd gleich große Treppenstufen. Die Metapher täuscht: Für die überwiegende Mehrheit bleibt es bei dem Sockel, der Zwangsanstalt für Halbbildung. Mauern aus Prüfungen, zu bezahlenden Studiengebühren und gewonnener Konkurrenz stehen vor dem Eintritt in die eigentliche Universität des wissenschaftlichen Studiums, der Freiheit von Forschung und

Lehre.

Ein anderer Terminus aus dem Reform-Jargon ist "Orientierung am Markt": Der "Markt", so wird suggeriert, sei ein großartiges Steuerungsinstrument. Prüfen wir die Behauptung anhand eines Beispiels, der Mathematik: Diplom-Mathematiker werden gebraucht. Die Industrie weiß, was diese können. Und so war und ist der Diplom-Mathematiker ein am "Markt" nachgefragtes Produkt. Vom bachelor dagegen weiß man das nicht. Der bachelor ist ja nur ein halber Diplom-Mathematiker, er versteht die Mathematik nicht grundlegend. Ob diese bachelors in Zukunft arbeitslos sein werden oder nachgefragt werden, weiß heute niemand. Die Industrie ist da eher skeptisch. Wenn dennoch der bachelor-Mathematik eingeführt wird, so demonstriert das, daß auch der Bildungsbereich nicht Nachfrage-gesteuert, sondern Angebots-gesteuert funktioniert. Die Angebots-Steuerung im Bildungsbereich sieht nämlich so aus: *Auf Vorrat* werden Qualifikationen *produziert*. Ob diese dann nachgefragt werden, ist deren Problem. Bei der Umgestaltung zum bachelor zählen niedrigere Qualifikationskosten und kürzere Qualifikationszeiten, dementsprechend ein längerer Zeitraum zur Verfügung auf dem Arbeitsmarkt. Der Staat setzt die neuen Qualifikationen durch, zum Teil auch gegen anders artikulierte Interessen des Kapitals. Für die Geisteswissenschaften bekommt "Orientierung am Markt" eine besondere Bedeutung. Zunächst: der Staat nimmt den fundiert ausgebildeten Geisteswissenschaftler aus dem normalen Qualifikations-Angebot heraus. Stattdessen werden halbgebildete bachelor ins Angebot gestellt. Ob diese dann überhaupt nachgefragt werden und, wenn ja, in welcher Zahl, wird sich eben dann schon herausstellen. Notwendig ist lediglich, daß es immer einen Überhang gibt, der für ausreichende Konkurrenz unter den Absolventen um die wenigen Arbeitsplätze sorgt. Die Herstellung von halbgebildeten Geisteswissenschaftlern ist ein grandioses Experiment mit der Bildung und Ausbildung einer ganzen Generation. Niemand weiß heute, ob diese bachelors nicht in der überwiegenden Mehrzahl vollkommen wertlos sein werden. Und genau dies wissen die Politiker. So ist es beabsichtigt und kein Fehler, halbgebildete Geisteswissenschaftler zu produzieren, die überall ein wenig und über nichts wirklich Bescheid wissen - from Plato to NATO. Halbgebildete Bescheid-Wisser oder Generalisten sind gefordert, wenn es darum geht, vorgesetzte Zwecke mit gewünschter Legitimation zu versehen - *dafür* taugt die universitäre Schulung zur Flexibilität nach jeder Richtung und zur Offenheit nach allen Seiten. Und sie machen es willig, weil sie sofort ersetzbar sind durch den nächsten halbgebildeten Bescheid-Wisser. Hierin liegt die Analogie zur reellen Subsumtion der handwerklichen Arbeit, welche Subsumtion den Handwerkern die materiale Grundlage für ihre vormalige Widerspenstigkeit raubte. Wissenschaftliches Selbstbewußtsein, das sich aus dem Durchdringen einer Disziplin und aus der Erfahrung der Freiheit von Forschung und Lehre speist, soll gebrochen werden. Bildung aus resp. durch Wissenschaft, wie von Humboldt erhofft, soll nicht sein.

Hier ist der systematische Ort für den nächsten Terminus im Reform-Jargon, nämlich die "soft skills", die an die Stelle des traditionellen Nebenfachs (wie z.B. der Philosophie oder der

Soziologie) treten. Angeblich weiche Fertigkeiten wie "team-Orientierung" und "Führungsfähigkeit", "emotionale Intelligenz" und "soziale Kompetenz" sollen dem bachelor antrainiert werden. Und dieses Training ersetzt etwas Substantielles wie den Begriff einer Disziplin (z.B. der Philosophie, z.B. der Soziologie). Allerdings vermag nur ein in "emotionaler Intelligenz" Geschulter zu erklären, weswegen das Brechen des wissenschaftlichen Selbstbewußtseins keine Härte, sondern einfach nur "soft" ist.

Mit der Forderung nach "Elite-Universitäten" hat die SPD den Reform-Jargon um einen bislang verpönten Begriff bereichert. Wenn das Gros der Studierenden auf das Niveau einer verordneten Halbbildung abgesenkt wird, dann bedarf es innerhalb solcher Universitäten einer zusätzlichen Sortierung der sowieso schon Privilegierten. Die "Besten der Besten" sollen durch forcierte Konkurrenz zwischen den Universitäten für die nationalen Führungseliten herausgefiltert werden. Wer erst an dieser Stelle über "Elite" sich empört, vergißt, daß die überwiegende Mehrheit der Bürger qua System von universitärer Bildung und Wissenschaft ausgeschlossen wird.